

Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat

Jahresbericht 2004



Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat
Conseil Suisse de la Science et de la Technologie
Consiglio Svizzero della Scienza e della Tecnologia
Swiss Science and Technology Council

Inhalt

Vorwort und Ausblick

1 Aufbau und Kompetenzen des SWTR

6

- 1.1 Reglement des SWTR
- 1.2 Die Consulting-Funktion des SWTR
- 1.3 Arbeitsprogramm 2004-2005
- 1.4 Die assoziierten Zentren CEST und TA-SWISS

2 Die Aktivitäten des Geschäftsjahres

10

- 2.1 Hochschulpolitik
 - Hochschulreform/Hochschulrahmengesetz
 - CRUS und Hochschullandschaft 2008
 - Neugestaltung Medizinstudium
- 2.2 Forschung
 - Forschungsgesetz
 - Forschungsförderung
 - Personenförderung durch den SNF
 - Zukunft der europäischen Forschungsförderung
- 2.3 Evaluation
 - Kommunikations- und Medienwissenschaft
- 2.4 Arbeitsgruppen
 - Geistes- und Sozialwissenschaften
 - Technologie und Innovation
- 2.5 Weitere Aktivitäten
 - Aussenkontakte der Präsidentin
 - Vortragstätigkeit/Verschiedenes

3	CEST	28
4	TA-SWISS	31
5	Administratives	35

Vorwort und Ausblick

Der Wechsel der Präsidentschaft am 1. Januar 2004 ist auf ein dynamisches und für die weitere Entwicklung des Schweizerischen Hochschul- und Forschungsplatzes wichtiges Jahr gefallen. Wie viele andere Akteure des Politikbereiches Bildung Forschung Technologie (BFT) der Schweiz ist der SWTR gleichzeitig gefordert, seinen gesetzlichen Pflichten nachzukommen und sich mit der künftigen Struktur der Hochschullandschaft 2008 auseinander zu setzen.

Nachdem der SWTR im Jahr 2000 neu formiert worden war, ging der Wechsel des Präsidiums ohne institutionelle Neuorientierung vonstatten. Gut die Hälfte der Ratsmitglieder sorgen für Kontinuität, auch wenn sich in den Prioritäten eine Neuausrichtung erkennen lässt. Die Problematik der Reorganisation von 2000 ist nach vier Jahren sehr deutlich geworden und hat sich auf die Ratsarbeit während des vergangenen Jahres stark ausgewirkt. Insbesondere die optimale institutionelle Einbettung des Zentrums für Wissenschafts- und Technologiestudien CEST hat den SWTR stark beschäftigt.

Die Beratungsarbeit des SWTR war hauptsächlich von anstehenden Gesetzesänderungen geprägt: Hochschulrahmengesetz und Forschungsgesetz (FG), sowie dem Bereich der Medizin und des Bundesgesetzes über die universitären Medizinalberufe. Der Jahresbericht geht auf die einzelnen Bereiche näher ein.

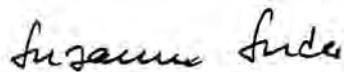
Für die künftige Arbeit des SWTR wird das Hochschulrahmengesetz im Vordergrund stehen. Wenn man sowohl den sozialen wie auch den ständig wachsenden ökonomischen Wert der Hochschulbildung in Betracht zieht, kommt man zum Schluss, dass die Neuordnung der Hochschullandschaft ein Kernstück der Zukunftsplanung der Schweiz werden muss. Zurzeit werden zwar Strukturen und Steuerungsmechanismen des Hochschulsystems intensiv diskutiert, es fehlt aber noch eine klare Definition der Ziele, welche durch die Strukturänderungen erreicht werden sollen. Welche Profile die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, die Fachhochschulen und Universitäten haben sollen, was mit der vermehrten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hochschulen erzielt werden soll, muss in Zusammenarbeit zwischen politischen und

akademischen Akteuren definiert werden. Nur so kann für dieses neue Gesetz die erforderliche Akzeptanz gewonnen werden und nur so kann das Hochschulrahmengesetz zur nachhaltigen Grundlage für die Hochschullandschaft Schweiz der nächsten 10-20 Jahre werden.

Im selben Rahmen wird sich der SWTR auch mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie und wo die Aufgaben des jetzigen SWTR im neuen System wahrgenommen werden sollen. Die Notwendigkeit eines Beratungsorgans, das – ohne eigene Interessen wahrzunehmen – das gesamte BFT-System überblickt und hinterfragt, scheint gegeben. Welches Modell in unserem föderalistischen System mit seinem komplexen Steuerungs- und Finanzierungsmechanismus das Beste ist, soll – auch in Hinblick auf die Erfahrungen anderer Länder – offen diskutiert werden.

Zwar stehen Forschung und Lehre im tertiären Bildungssystem der Schweiz im internationalen Vergleich immer noch sehr gut da. Es gilt aber alles zu tun, um die Rahmenbedingungen der Hochschulen so zu verbessern, dass sie ihre Position auch in Zukunft bewahren können.

Bern im August 2005

A handwritten signature in black ink, reading "Susanne Suter". The signature is written in a cursive, flowing style.

Susanne Suter

1 Aufbau und Kompetenzen des SWTR

1.1 Reglement des SWTR

Der SWTR, der sich aus renommierten Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Technologie zusammensetzt, ist eine ausserparlamentarische Expertenkommission, deren Aufbau und Funktionsweise in Artikel 5a des Forschungsgesetzes sowie im bundesrätlichen Reglement vom 5. Juli 2000 klar geregelt sind: als Konsultativorgan steht der SWTR dem Bundesrat für Fragen der Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik zur Verfügung. Sowohl im Auftrag des Bundesrates wie auch aus eigener Initiative nimmt er zu entsprechenden Vorhaben und Problemen Stellung. Darüber hinaus arbeitet er mit sämtlichen Departementen sowie mit den Kantonen zusammen. Administrativ ist der SWTR dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) zugeordnet.

1.2 Die Consulting-Funktion des SWTR

Als Sprachrohr der Wissenschaft erarbeitet der SWTR zuhanden des Bundesrates Empfehlungen und schlägt geeignete Massnahmen zu deren Verwirklichung vor. Ferner hat der Bundesrat jederzeit die Möglichkeit, zu punktuellen Fragen oder Unklarheiten den SWTR zu kontaktieren und dessen Meinung einzuholen. Hier anzufügen wären die Evaluationen von akademischen Disziplinen oder von Forschungsinstitutionen ausserhalb des Hochschulbereichs, bei denen ein bundesrätlicher Subventionsentscheid ansteht; weiter wird der SWTR auch um Stellungnahmen zu den Mehrjahresplanungen der Forschungsorgane (Universitäten) und der Ressortforschung des Bundes ersucht.

Die strategisch gediegenste Aufgabe indessen kommt dem SWTR bei der Ausarbeitung der «Ziele der Forschungspolitik des Bundes» zu, die der Bundesrat regelmässig formuliert. Im Vorfeld dazu skizziert der SWTR entsprechende Vorschläge, die für den Bundesrat bei der Zielformulierung richtungsweisend sind. Unter Berücksichtigung akademischer und wissenschaftspolitischer Kompetenzen werden dabei die wichtigsten

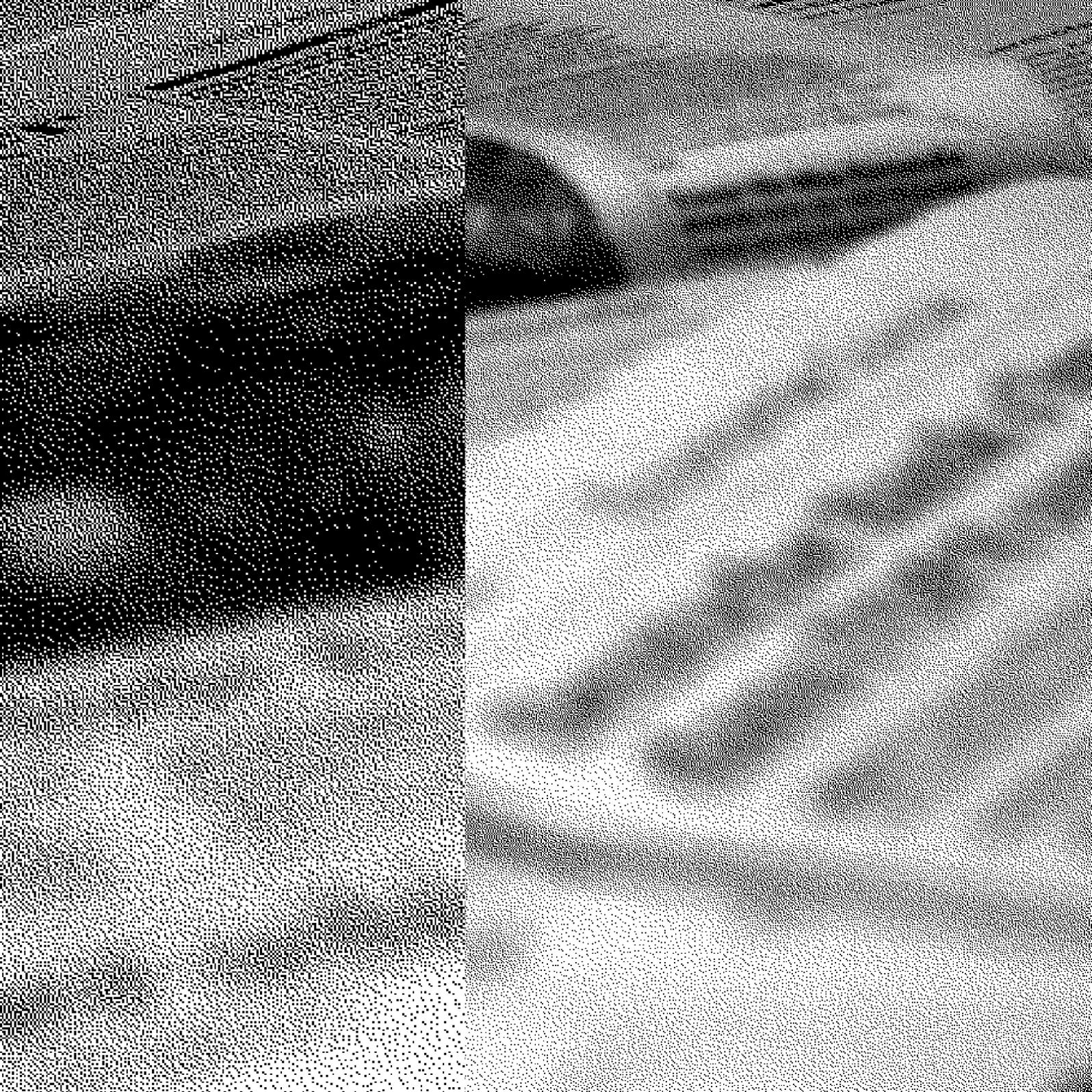
Akteure in die Meinungsbildung miteinbezogen, wie etwa der Schweizerische Nationalfonds (SNF), die Rektorenkonferenz der Schweizerischen Universitäten (CRUS), die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) sowie die wissenschaftlichen Akademien (SAGW, SANW, SATW, SAMW).

1.3 Arbeitsprogramm 2004-2005

Gemäss Artikel 3 Ziffer 4 des bundesrätlichen Reglements formuliert der SWTR in Absprache mit dem EDI und dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) ein Arbeitsprogramm, welches sich in der Regel über einen Zeitraum von zwei Jahren erstreckt. In einem Schreiben an die Präsidentin vom 18. Mai 2004 bestätigte Staatssekretär Kleiber das definitive Arbeitsprogramm des SWTR für die Jahre 2004 bis 2005, nachdem dieses in mehreren Gesprächen vorformuliert worden war. Im Zentrum des Arbeitsprogramms stehen vier Aufgabenschwerpunkte, die der SWTR bis Ende 2005 wahrzunehmen hat:

1. Neues Hochschulrahmengesetz
2. Reformen im Bereich der Hochschulmedizin
3. Revision des Forschungsgesetzes
4. Aktionsplan «InnoNation» zur Förderung von Innovation und Unternehmertum

Wie in Kapitel 2.1 ausführlich geschildert, hat sich der SWTR gleich zu Beginn des Geschäftsjahres intensiv mit der Neugestaltung der Hochschulmedizin auseinandergesetzt. In diesem Zusammenhang ist sich der Rat einig, dass die Medizin nur als Teil des gesamten Hochschulwesens beurteilt werden kann, wenngleich verschiedene fachtypische Eigenheiten strukturell mit keiner anderen akademischen Disziplin vergleichbar sind. Dementsprechend können die Reformen im Bereich der Hochschulmedizin (Punkt 2) unmöglich isoliert vom neuen Hochschulrahmengesetz (Punkt 1) diskutiert werden. Ähnlich verhält es sich mit der geplanten Revision des Forschungsgesetzes: Die Hochschulen stellen die grundlegende Infrastruktur für die Forschung zur Verfügung. Demzufolge müssen das Forschungs- und das Hochschulrahmengesetz kompatibel sein.



Im Weiteren sieht das Arbeitsprogramm vor, die organisatorische Einbindung des CEST genau zu prüfen. Es geht dabei um die Frage, ob und in welchem Rahmen dieses Studienzentrum allenfalls in das neue Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) integriert werden, oder ob der SWTR weiterhin dafür verantwortlich sein sollte. Dazu wurden von Bernhard Nievergelt, wissenschaftlicher Berater SWTR, umfassende Konsultationen und Rücksprachen mit den interessierten Akteuren vorgenommen (vor allem mit den Generalsekretariaten EDI und EVD, der Gruppe für Wissenschaft und Forschung (GWF), dem Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) und dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), dem Bundesamt für Statistik (BFS), dem SNF, den Universitäten und den ETHs). In seiner abschliessenden Stellungnahme vom Juni 2004 kommt der SWTR zum Schluss, dass das CEST mit seinen Arbeiten institutionell mangelhaft eingebettet ist, seine wissenschaftliche Glaubwürdigkeit in der Schweiz stark gelitten hat und die Kommunikation dringend verbessert werden muss. Auf der Grundlage der Recherche lehnt der SWTR die Eingliederung des CEST in das künftige SBF dezidiert ab. Die Fabrikation sensibler Grundlagendaten darf aus Glaubwürdigkeitsgründen keinesfalls der politikvorbereitenden und -ausführenden Behörde direkt untergeordnet werden.

Das Arbeitsprogramm signalisiert ausserdem anstehende Evaluationen, unter anderem im Bereich der Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie einzelner Forschungsinstitutionen, die nach dem Forschungsgesetz (FG) Artikel 16 vom Bund unterstützt werden.

Ferner wurde von der GWF und vom BBW eine forschungspolitische Stellungnahme zu den Nationalen Forschungsschwerpunkten (NFS) in den Geistes- und Sozialwissenschaften erwartet sowie eine Beurteilung der Nationalen Forschungsprogramme (NFP) als Instrument der Forschungsförderung. Die Ratsmitglieder haben im Verlauf des Geschäftsjahres verschiedentlich auf die Wichtigkeit einer rollenden Anpassung des Arbeitsprogramms hingewiesen. Diese ergibt sich allein schon dadurch, dass mehrere programmatische Elemente im Laufe des Geschäftsjahres an Aktualität einbüßen oder an Brisanz verlieren. Hinzu kommt, dass es für die Effizienz und Effektivität eines Beratungsorgans wie dem SWTR mindestens so wichtig ist, schnell und spontan auf vom Bundesrat vorgebrachte Anliegen eintreten zu können.

1.4 Die assoziierten Zentren CEST und TA-SWISS

CEST Das Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien (CEST) erarbeitet Grundlagen für eine gesamtschweizerische Forschungs-, Hochschul- und Technologiepolitik. Dazu führt es Analysen zum Stand der schweizerischen Wissenschaft (Bildung und Forschung) sowie der Technologie im internationalen Vergleich durch. Zudem organisiert das Zentrum Evaluationen von Disziplinen, Institutionen und von Wissenschafts- und Technologieprogrammen, die vom Bund finanziert oder mitfinanziert werden.

Die Mandate an das CEST werden primär durch den SWTR erteilt; es können aber auch andere Instanzen und Organisationen, die sich mit wissenschaftlichen oder technologischen Themen auseinandersetzen, von den vielfältigen Dienstleistungen des CEST profitieren.

TA-Swiss Das Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung TA-Swiss erarbeitet Studien, welche die Auswirkungen neuer Technologien auf unsere Gesellschaft und Wirtschaft untersuchen. Zu diesem Zweck organisiert es öffentliche Veranstaltungen und Debatten. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden den interessierten Kreisen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft weitergegeben. Ein Leitungsausschuss namhafter Repräsentanten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung bestimmt die thematische Ausrichtung und gewährleistet Qualität und Zweckmässigkeit der Aktivitäten.

2 Die Aktivitäten des Geschäftsjahres

2.1 Hochschulpolitik

Hochschulreform/Hochschulrahmengesetz Die aktuellen Diskussionen über die künftige Neuordnung der Schweizer Hochschulen beschäftigten den SWTR während des ganzen Geschäftsjahres. Im Zentrum dieser Debatte steht die konzipierte Hochschullandschaft 2008, welche für sämtliche Hochschultypen unseres Landes (kantonale Universitäten, ETH-Bereich, Fachhochschulen) eine neue koordinative Basis darstellen soll. Das bestehende Universitätsförderungsgesetz (UFG) wird bekanntlich per 31.12.2007 ausser Kraft gesetzt, und ein neues Hochschulrahmengesetz soll eingeführt werden. Die Vorarbeiten zum Hochschulrahmengesetz machen zunehmend deutlich, dass die besagte Gesetzesrevision nicht ohne Verfassungsänderung durchführbar sein wird.

In seiner Sitzung vom 23. August 2004 konnten die Ratsmitglieder von der Anwesenheit der Herren Gerhard M. Schuwey (Direktor BBW) und Gérard Escher (GWF) profitieren, indem diese ausführlich über die im Gange befindlichen Aktivitäten referierten. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Arbeit der Projektgruppe Bund-Kantone Hochschullandschaft 2008, in der die wichtigsten Akteure der Schweizer Hochschulpolitik vertreten sind. Ihre Aufgabe ist es, Grundlagen für die zukünftige Hochschulstruktur auszuarbeiten. Ein erster Bericht der Projektgruppe wurde auf den Herbst hin veröffentlicht.

Die Aussprache mit den Vertretern der Bundesverwaltung brachte zum Ausdruck, dass autonome Hochschulen eine notwendige Bedingung für eine prospektive Hochschullandschaft darstellen. Die Schweizer Hochschulen müssen mit leistungsfähigen Organen zur Festlegung eigener Strategien ausgestattet sein. Noch werden die tertiären Bildungsstätten allzu sehr von Mechanismen bestimmt, die von den kantonalen Verwaltungen vorgegeben werden. Für das Funktionieren eines gemeinsamen schweizerischen Hochschulplatzes sollten vier Leitungsprinzipien verbindlich sein:

- Einheitliche Studienstrukturen (Bologna-Vereinbarung)
- Transparente Finanzierung

- Qualitätssicherungssysteme für alle Hochschulen
- Gesamtplanung besonders kostenintensiver Hochschulfelder (z.B. Medizin)

Im Übrigen geht die Bundesverwaltung davon aus, dass drei übergeordnete Leitungsgremien die Hochschullandschaft bestimmen werden: die Konferenz der Hochschulleitungen, die Konferenz der Hochschulträger und der Hochschulrat, in welchem auch Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sein sollten. Ferner müssen die Strategieorgane der Hochschulen selbst über die Finanzen (Globalbeiträge) bestimmen können. Dabei ist die Beteiligung der Nicht-Hochschulkantone genau zu definieren.

In einer Begegnung mit Bundesrat Couchepin kam die Präsidentin am Beispiel des Medizinstudiums auf hochschulpolitische Probleme zu sprechen. Bundesrat Couchepin veranlasste im Herbst 2004, dass die Präsidentin SWTR in der von Staatssekretär Kleiber präsidierten Projektgruppe Hochschullandschaft 2008 Einsitz nimmt. Zum erwähnten Bericht dieser Projektgruppe, von dem der Bundesrat am 18. November zustimmend Kenntnis genommen hat, hat denn auch der SWTR eingehend Stellung bezogen und diese Bundesrat Couchepin, Bundesrat Deiss und den Mitgliedern der Projektgruppe Hochschullandschaft zugestellt. Der SWTR sah sich veranlasst, zu verschiedenen Punkten seine Besorgnis zum Ausdruck zu bringen. Insbesondere wurde die Befürchtung geäußert, dass das anvisierte Modell dem kooperativen Föderalismus nicht in ausreichendem Ausmass Rechnung trage, und dass die dadurch bedingte zentrale Steuerung die Freiheit von Lehre und Forschung beeinträchtigen würde. In diesem Zusammenhang drängt sich auch die Frage auf, ob die bestehenden Verfassungsgrundlagen für die Hochschullandschaft 2008 genügen werden.

Die vielseitigen hochschulpolitischen Reformvorhaben veranlassten den Rat, eine Grundsatzdiskussion über die Zukunft des SWTR zu führen. Viele der Ratsmitglieder äusserten sich kritisch darüber, dass bei der anvisierten politischen Steuerung des schweizerischen Hochschulsystems die Wissenschaft selbst völlig unterrepräsentiert ist. Konkret wurde gefordert, dass in einem neuen Hochschulrat, der offenbar auch vom EDI stark favorisiert wird, die Stimme der Wissenschaft erhalten bleibt. Ferner soll dieses neue Gremium noch mehr als bisher Fragen der Technologie- und Innovationsberatung behandeln.



Die SWTR-Mitglieder hatten während des Geschäftsjahres zweimal Gelegenheit, mit Repräsentanten der CRUS einen informativen Dialog zu führen: Am 14. Juni war deren Vizepräsident Prof. Ulrich Gäbler zu Gast im Plenum; am 24. August der Präsident Prof. Jean-Marc Rapp. Die Aussprache, welche namentlich die Funktion der CRUS in der gegenwärtigen Diskussion um die Hochschulreform zum Inhalt hatte, wurde von den Anwesenden als ausgesprochen wertvoll empfunden. Auffallend war die Tatsache, dass die CRUS mit den Hochschulvisionen des Staatsekretariates für Bildung und Forschung keinesfalls einverstanden ist. Bei den Universitäten macht sich allenthalben die Besorgnis um Autonomieverlust anstelle der überall empfohlenen Stärkung der Autonomie breit.

Weiter zeigte sich, dass bei den kontrovers diskutierten Fragen der Hochschulfinanzierung die CRUS und der SWTR ähnliche Positionen vertreten. Die Rektoren können sich in keiner Weise mit dem Vorschlag identifizieren, der die Berechnung der Standardkosten anhand der Studierendenzahlen auf Bachelor-Stufe vorsieht. Überhaupt wird eine Finanzierung, die mit quantitativen Auflagen verbunden ist, von der CRUS grundsätzlich abgelehnt; ebenso scheint ihr ein Finanzierungsschlüssel unangebracht, der die Master-Stufe allein über Indikatoren bewertet. Hingegen befürworten die Universitäten eine Leistungsfinanzierung der Lehre, welche sich am Umfang akkreditierter Diplome und der prozentualen Deckung von Overheadkosten orientiert. Damit hängen freilich einmal mehr Fragen hinsichtlich Autonomie und langfristiger Finanzierungssicherheit zusammen.

Der von mehreren Seiten geforderte Wettbewerb unter den Hochschulen soll nach Meinung der CRUS auf die Forschung beschränkt bleiben; für die akademische Lehre muss die Kooperation unter den Hochschulen genügen beziehungsweise vorrangig sein. In einem so kleinen Land wie der Schweiz ist es unzweckmässig, die Lehre einem freien Wettbewerb auszusetzen. Wenn das Bologna-Modell einmal implementiert ist, soll der Bachelor den Weg zum Master-Studium eröffnen, gleichzeitig aber auch als Pass zur Mobilität dienen. Auf diese Weise wird sich eine Durchlässigkeit unter den Hochschulen ergeben müssen und eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hochschultypen wird realisierbar.

Im Weiteren liegt es in der Natur der Sache, dass die CRUS sich prioritär der Etablierung der Bologna-Reform in unserem Land annimmt. Dementsprechend werden im diesbezüglichen Dokument «Universitätslandschaft Schweiz: Ziele 2015» die Bologna-kompatiblen Bedingungen skizziert, welche für Entwicklung einer prospektiven Wissensgesellschaft erforderlich sind.

Angesichts der Neuorientierungen im gesamten Bildungsbereich kam der SWTR einer Aufforderung des BBW nach und nahm im Oktober zum Vernehmlassungsentwurf für einen zukünftigen Bildungsrahmenartikel Stellung. Dieser war unter der Regie von Prof. Bernhard Ehrenzeller erarbeitet und innerhalb sämtlicher hochschul- beziehungsweise bildungspolitischer Kreise intensiv diskutiert worden. In seiner Stellungnahme thematisierte der SWTR insbesondere das Problem der Kompetenzenregelung (Hochschule-Bund-Kanton). Weiter äusserte er sich zur Qualitätssicherung. Es scheint noch nicht eindeutig festgelegt, wie diese im zukünftigen Bildungssystem gewährleistet werden kann. Fragen dieser Art begleiteten den SWTR während des ganzen Geschäftsjahres im Rahmen seiner internen Diskussionen zur Hochschulpolitik.

Neugestaltung Medizinstudium

Im Vorfeld dieser breit geführten Diskussion standen «Vorschläge» für eine Stärkung der Hochschulmedizin, die im Auftrag von Staatssekretär Kleiber ausgearbeitet wurden und zum Ziel haben, im Rahmen einer einheitlichen Medical School die ganze medizinische Ausbildung in unserem Land zu vermitteln beziehungsweise zu reglementieren. Dieses Modell, das von einer sektoriellen Analyse, nämlich derjenigen der Hochschulmedizin ausgeht, stiess bei den medizinischen Fakultäten auf viel Widerstand. Die Vorschläge würden der Notwendigkeit, mit der ärztlichen Grundausbildung – dem Medizinstudium – allen Ärzten globale Kenntnisse und die Fähigkeit zu ärztlichem Handeln zu vermitteln, nicht gerecht. Vor allem die Bedürfnisse der später in freier Praxis tätigen Ärzte wären nicht einbezogen worden. Die «Vorschläge» hätten die praktisch abgeschlossene und durchgreifende Reform des Medizinstudiums in Frage gestellt, nachdem während Jahren grosse Anstrengungen gemacht worden waren, die Ausbildung der Ärzte auf die Bedürfnisse der Gesellschaft auszurichten. Als Reaktion darauf entwickelte die CRUS in Zusammenarbeit mit den medizinischen Fakultäten einen Plan zur «Hochschulmedizin 2008», der auf der Studienreform aufbauend die Vorschläge der Bologna-Reform miteinbezieht und damit dem Medizinstudium eine

noch grössere Anpassungsfähigkeit verleihen soll. Dazu sollen die medizinischen Fakultäten vollständig in den Hochschulen integriert bleiben. So könnte in Zukunft nicht nur die – selbstverständlich wichtigste – Zusammenarbeit mit den naturwissenschaftlichen Fakultäten bewahrt bleiben, sondern auch diejenige mit den sozial- und geisteswissenschaftlichen auf- und ausgebaut werden. Der SWTR steht diesem Plan positiv gegenüber und teilt die Auffassung der CRUS, dass das Medizinstudium weiterhin in den Universitäten integriert bleiben soll.

Grundsätzlich positiv zeigten sich die Ratsmitglieder gegenüber der Idee einer Swiss Postgraduate Medical School, in der sich die medizinischen Fakultäten auch vermehrt in der ärztlichen Weiterbildung engagieren würden. Ziel dieser Initiative ist es, der medizinischen Aus- und Weiterbildung die notwendige Kontinuität zu zusichern. Die Halbwertszeit des Wissens in der Medizin wird mit den rasant wachsenden neuen Kenntnissen immer kürzer. Weiter- und Fortbildung müssen dementsprechend angepasst werden. Zurzeit hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Verantwortung für die Weiterbildung zum Facharzt an die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) delegiert, die in ihrer Funktion als Standesorganisation 43 Facharztstitel verleiht. Von den 43 Spezialarzttiteln sind zurzeit nur 14 in den meisten europäischen Ländern anerkannt – es gilt auch die Europa-Kompatibilität zu bewahren.

Koordinationsbedarf besteht auch mit den anderen Medizinalberufen. Schon für die praktisch abgeschlossene Studienreform war das heute gültige, veraltete Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe ein grosses Hindernis; die Bologna-Reform bringt noch zusätzlichen Handlungsbedarf in dieser Hinsicht. Aus diesem Anlass hat die Präsidentin Bundesrat Couchepin aufgefordert, das neue Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe so schnell wie möglich in die parlamentarische Beratung zu geben.

Bei der Neugestaltung des Medizinstudiums bestehen verständlicherweise zahlreiche Partikularinteressen, welche einer Reform keineswegs förderlich sind. Aus diesem Grund sowie um der juristischen Klarheit willen zog der SWTR Prof. Thomas Fleiner als versierten Sachverständigen bei, um mittels einem Gutachten den SWTR über die entsprechenden gesetzesmässigen Möglichkeiten und Grenzen zu beraten.

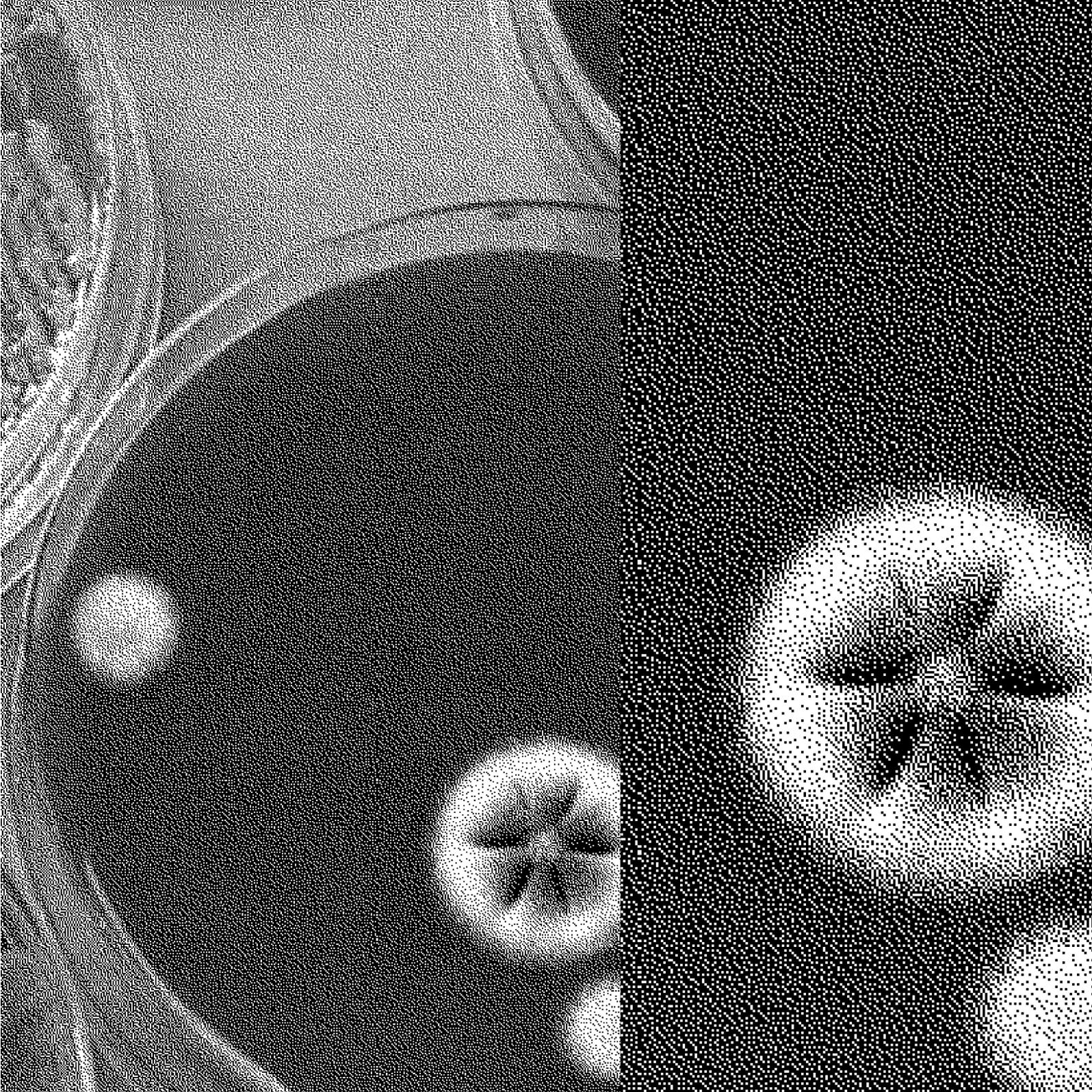
2.2 Forschung

Forschungsgesetz Die Forschung beziehungsweise die Forschungsförderung durch den Bund wird seit 1983 über das Forschungsgesetz (FG) geregelt. Ausgehend von den beiden Prinzipien, dass die Freiheit von Lehre und Forschung gewährleistet sein muss, und dass dabei nicht der Bund selbst Forschung betreibt, definiert das FG die Organe und Institutionen, denen diese Aufgabe zukommt. Gleichzeitig ist die Funktion des SWTR gesetzlich darin verankert sowie dessen Pflicht, den Bundesrat beim Vollzug dieser Gesetzesgrundlage zu beraten.

Im Zusammenhang mit der umfangreichen Neugestaltung der Hochschullandschaft unseres Landes wird eine Adaptation des Forschungsgesetzes unabdingbar. Vor diesem Hintergrund hat der Rat ein Hearing Forschungsgesetz organisiert. Die unmittelbar betroffenen Instanzen wurden eingeladen, sich zu der bevorstehenden Gesetzesrevision zu äussern. Der Anlass fand am 4. November 2004 in den Räumlichkeiten des SNF statt. Repräsentanten folgender Einrichtungen nahmen am Hearing teil:

- Schweizerischer Nationalfonds (SNF)
- Wissenschaftliche Akademien (SAGW, SANW, SATW, SAMW)
- Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)
- Fachhochschulen
- Bundesdienststellen (BBW, BBT und GWF)

Das Hearing, zu welchem anschliessend ein Bericht verfasst und den Ratsmitgliedern sowie den Teilnehmenden zugestellt wurde, stiess auf ein ausserordentlich interessantes Echo. Aus den Voten war unter anderem zu entnehmen, wie unverzichtbar eine prägnante Definition der Institutionen und ihrer Aufgaben ist. Grosso modo können sich diese mit dem bestehenden Gesetzestext identifizieren, im Falle des SNF jedoch liess sich ein Handlungsbedarf erkennen: Angesichts der zunehmenden Bedeutung einer Verflechtung von Wissenschaft und Gesellschaft müssen die Bedürfnisse der angewandten Forschung (SNF: Abteilung IV) unzweideutig definiert werden, vor allem auch in Abgrenzung beziehungsweise Abstimmung zu den Aufgaben der KTI. Gleichzeitig waren die Anwesenden am Hearing einhellig der Überzeugung, dass in



einem revidierten FG die Frage der Qualitätskontrolle zu regeln sei. Diese wird zurzeit kaum berücksichtigt.

Eine wichtige Erkenntnis, welche anlässlich der Veranstaltung gewonnen werden konnte, ist die Notwendigkeit einer Anerkennung der Fachhochschulen als Forschungsorgane (Artikel 5). Auch wenn bei diesen vermehrt die Lehre im Vordergrund steht, so sind sie gemäss Fachhochschulgesetz zur Forschungstätigkeit verpflichtet, die es aus Symmetriegründen auch auf Gesetzesebene zu respektieren gilt. Die SWTR-Mitglieder selbst vertreten die Auffassung, dass die Forschungsaktivitäten der Fachhochschulen für den Forschungsplatz Schweiz eine wichtige Rolle spielen und dementsprechend gefördert werden sollen. Ferner legt der SWTR grossen Wert darauf, dass die Pädagogischen und Kunsthochschulen – soweit diese Forschung betreiben – vom Forschungsgesetz berücksichtigt werden, und dass die Definitionen so gehalten werden, dass diese nicht benachteiligt sind.

Forschungsförderung Angesichts der bedeutenden Rolle, die dem SNF im Bereich der Förderung freier Projektforschung zukommt, befasste sich der SWTR eingehend mit der Finanzierung und Funktionsweise dieser Stiftung. Seit Jahren sieht sich der SNF mit dem Problem konfrontiert, dass die Mittel für die Finanzierung aller – selbst sehr guten – Vorhaben nicht ausreichen. Diese Situation zwingt den Forschungsrat immer wieder zur Prioritätensetzung disziplinärer Art, was dem allgemeinen Förderungsklima keineswegs zuträglich ist und sogar dazu führen kann, dass sich der Forschernachwuchs entmutigen lässt und von vornherein auf die Einreichung sinnvoller Projekte verzichtet.

Anlass zu einer besonders intensiven Diskussion gab die Absicht des Bundesrates, die Mittel an den SNF in den Jahren 2005-2007 um rund 230 Mio. CHF mittels einer neuen Verbuchungspraxis zu kürzen, was einem invasiven Eingriff in die Forschungsförderung gleichkommt. Der SWTR stand diesem Vorhaben kritisch gegenüber. Aufgrund dessen intervenierte die Präsidentin beim Vorsteher des EDI, Herrn Bundesrat Couchepin, indem sie ihn brieflich auf dieses riskante Vorgehen aufmerksam machte: Die Kürzung würde als besonders bedenklich erachtet werden, weil sie bewirke, dass eine modifizierte Verbuchungs- beziehungsweise Auszahlungspraxis die Sicherheit der Finanzierung bewilligter Projekte gefährde. Ferner stehe dieses bürokratische

Konstrukt konträr zur Situation im europäischen Forschungsraum, wo sich eine Tendenz zur langfristigen Budgetsicherheit abzeichne.

Gegen Ende des Berichtsjahres beauftragte das BBW den SWTR, die Projektanträge für die Ausschreibung der Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) forschungspolitisch zu begutachten und dem Departementchef EDI eine Stellungnahme abzugeben. Bei den Projektanträgen handelte es sich um sechs Vorhaben ausschliesslich geistes- und sozialwissenschaftlicher Art. Der Rat reichte seine Stellungnahme im Frühjahr 2005 ein.

Personenförderung durch den SNF

Bei der Betrachtung der Aktivitäten des SNF legte der SWTR seinen Fokus auf die Personenförderung, insbesondere im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Um darüber näher orientiert zu werden, wurde eine Delegation des SNF sowie vom SNF geförderte Forscher zu einer Ratssitzung eingeladen, an welcher sich der Sachverhalt eingehend diskutieren liess. Der SNF kennt zahlreiche Instrumente der Personen- beziehungsweise Nachwuchsförderung. Am attraktivsten sind sicher die so genannten Förderprofessuren, von denen zurzeit 150 finanziert werden (davon 27% Frauen). Daneben bestehen weitere flankierende Massnahmen, wie etwa die Eurohorcs Awards sowie die SCORE Stipendien im Bereich der Medizin. Die Tatsache, dass gerade das Instrument der Förderprofessuren für die Universitäten oft schwierig zu administrieren ist, gab für die SWTR-Mitglieder Anlass zu einer engagierten Diskussion mit den Gästen; eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen SNF und Universitäten ist anzustreben.

Des Weiteren hat der SWTR festgestellt, dass die Personen- und Nachwuchsförderung im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften sich kaum verbessert hat. Es existieren bis anhin wenige Graduiertenkollegs, die Bereitschaft zu interdisziplinärem Arbeiten ist nur schwach entwickelt, Einzelkämpfertum ist auf allen Ebenen vorherrschend. Ausserdem zeichnet sich im Verhältnis zu den Lizentiatsabschlüssen ein auffallender Rückgang der Dissertationen ab. All diese Probleme wird der SWTR bei der Formulierung der nächsten Forschungsziele aufgreifen müssen.

Zukunft der europäischen
Forschungsförderung

Im Sommer trat die EU-Kommission mit einem Strategiepapier an die Öffentlichkeit, in welchem sie die Ausgestaltung der Forschungsförderung in Europa – in Form des

7. Rahmenprogramms für die Jahre 2007-2010 – skizzierte. In der Folge trat der Direktor des BBW, Gerhard M. Schuwey mit der Bitte an den SWTR, zu diesem Strategiepapier sowie zu einem dazugehörigen Fragekatalog Stellung zu nehmen. Die Bundesbehörden waren darauf angewiesen, in kürzester Frist ein fundiertes Argumentarium nach Brüssel liefern zu können, damit die neu zu wählende EU-Kommission sich rechtzeitig über die einzelstaatlichen Forschungsinteressen orientieren könne. Die zentralen Aspekte der Stellungnahme, die der SWTR im September der Direktion des BBW vorlegte, sind an dieser Stelle erwähnt:

- Die EU-Grundlagenforschung sollte dem European Research Council unterstellt werden, der hauptsächlich aus SpitzenforscherInnen zusammengestellt sein soll.
- Internationale Organisationen wie CERN, ESA, EMBL etc. müssen mit dem European Research Council koordiniert werden, allein schon wegen der Koordination teurer Forschungsinfrastrukturen.
- Parallel zu den Forschungsaufwendungen müssen auch jene für die Hochschulbildung erhöht werden.

Nebst den disziplinären und forschungspolitischen Empfehlungen sprach sich der SWTR in der Stellungnahme auch für einen Abbau des administrativen Aufwands bei der Eingabe und der Verwaltung von Gesuchen aus. Der administrative Aufwand muss in ein angemessenes Verhältnis zur effektiven Unterstützung gestellt werden. Die Qualität der Forschungstätigkeit darf nicht unter massivem Verwaltungsaufwand leiden.

2.3 Evaluationen

Kommunikations- und
Medienwissenschaft

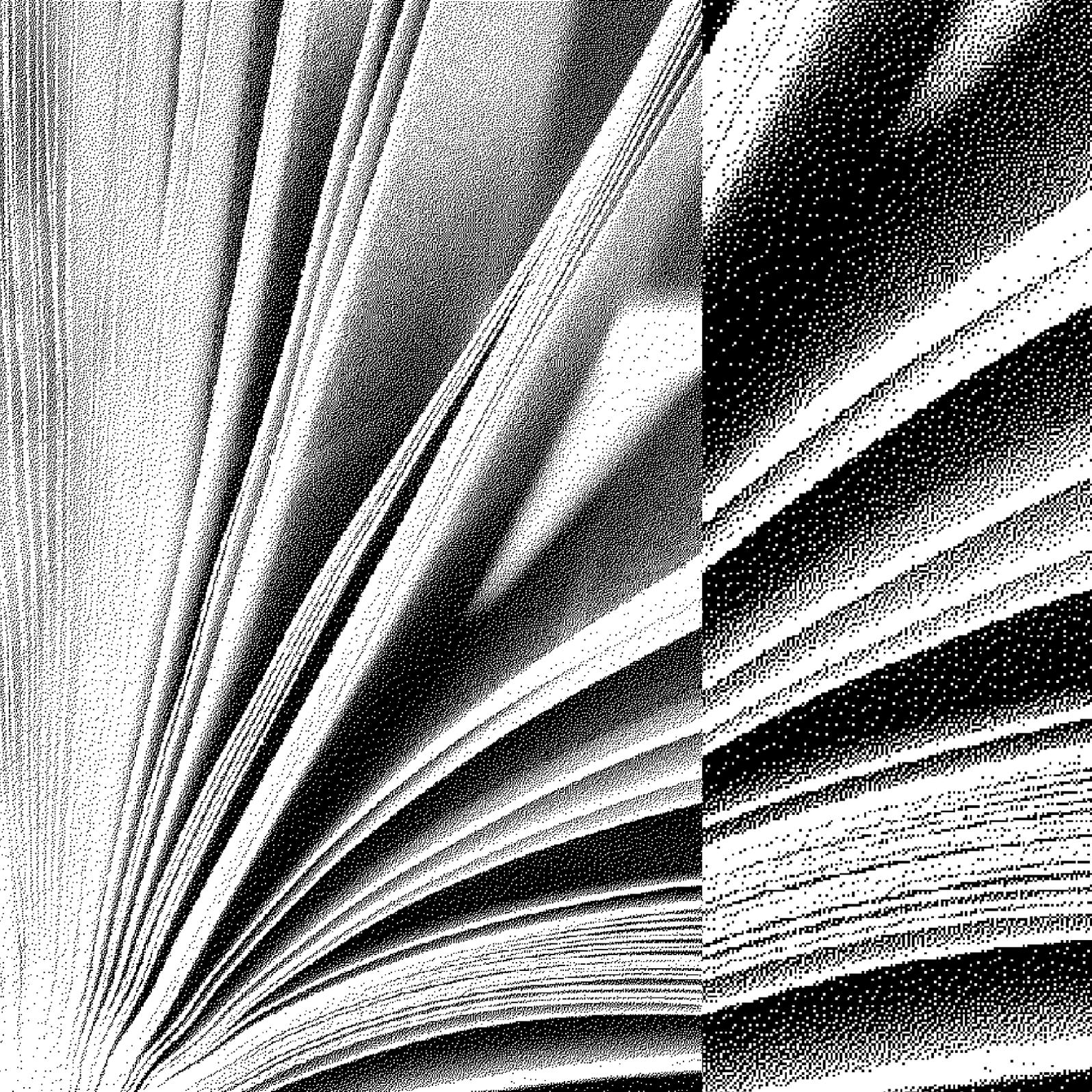
Ende 2003 war die Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM) mit dem Vorschlag einer umfassenden Evaluation der eigenen Fachrichtung an die GWF herantreten. Eine solche ist allein schon wegen den divergierenden Lehrplänen im Bereich der Kommunikations- und Medienwissenschaften an den Schweizer Hochschulen notwendig geworden. Ausserdem hat sich dieses – an sich junge – Fach in den letzten Jahren kolossal entwickelt, die Zahl der Studierenden ist geradezu beängstigend. In diesem Sinne sprach sich auch die SAGW, die Dachorgani-

sation der Fachgesellschaften der Geistes- und Sozialwissenschaften, für ein eingehendes Evaluationsverfahren aus, das unter der Supervision des SWTR durchzuführen sei.

In der Folge beauftragte der SWTR Prof. Klaus Schönbach mit der Leitung der Evaluation. Herrn Schönbach gelang es, eine ausgewiesene internationale Expertengruppe aus sieben verschiedenen Ländern zusammenzustellen, die während fast einer Woche in der Schweiz tagte. Im Vordergrund stand die Konsultation der beteiligten Akteure (Fachgesellschaft, Hochschulrektoren, Akademien, BBW) und der 14 auf diesem Gebiet tätigen Hochschulen. Im Vorfeld dieser Aktion wurde die SGKM aufgefordert, einen Selbstbeurteilungsbericht zu erstellen, der als Grundlage für das Verfahren dienen konnte. Jedes der Institute wurde von einem Experten besucht, der sodann zuhanden der Institutsleitung einen Kommentar im Sinne einer Rückmeldung abfasste – ein Prozedere, das von allen Beteiligten als hilfreich begrüßt wurde.

Nach Abschluss der Evaluation konnte die Expertengruppe dem SWTR mehrere Empfehlungen abgeben, welche dieser sodann beurteilte, ergänzte und in Form eines Schlussberichts an das GWF weiterleitete. Am wertvollsten war sicherlich die Empfehlung, dass sich die Hochschuldozenten in einer Zukunftskommission zusammenfinden sollen, welche zunächst einmal Prinzipien einer fachlichen Profilierung für die Kommunikations- und Medienwissenschaft entwirft. Solche fehlen bis anhin völlig, sind jedoch unabdingbar, wenn das Fach die qualitativen Standards ausbauen und erhalten will. Weiter gibt der Schönbach-Bericht folgende Empfehlungen ab:

- Die Finanzierung der Kommunikations- und Medienwissenschaft ist an deren Aufgaben anzupassen und auf eine sichere Grundlage zu stellen.
- Die Aufgabenverteilung innerhalb jeder Institution muss effizient und gerecht organisiert sein.
- Zusätzliche Finanzierungsquellen müssen erschlossen werden.
- Innerhalb der Kommunikations- und Medienwissenschaft ist eine klare Arbeitsteilung zu definieren.
- Starke und unabhängige Institutionen müssen dort zusammenarbeiten, wo es wirklich geboten ist.



- Eine «Forschungskultur» innerhalb des Faches muss aufgebaut und gefördert werden.
- Den Prinzipien des Human Resource Management ist Rechnung zu tragen.

Sicher besteht wegen Mittelknappheit auch in der Kommunikations- und Medienwissenschaft grundsätzlich Planungsunsicherheit, die jedoch nicht als Entschuldigung für Planlosigkeit dienen darf. Weiter bemängelt der Schlussbericht ein gewisses Defizit an internationaler Ausrichtung und empfiehlt dem akademischen Lehrkörper, Massnahmen zu ergreifen, die eine Entlastung der Dozenten im administrativen Bereich zugunsten eigentlicher Forschungstätigkeit bewirken. Weiter muss das Verhältnis von Haupt- und Nebenfach klar reguliert werden, insbesondere auch deswegen, weil für viele Studienrichtungen prinzipiell ein Mindestmass an kommunikationstheoretischer Ausbildung notwendig ist. Bei all diesen Reformbestrebungen, die letztlich eine optimierte «Forschungskultur» innerhalb der Kommunikations- und Medienwissenschaft anvisieren, ist es für den SWTR äusserst wichtig, dass die Evaluations- und Koordinationsaktivitäten innerhalb des akademischen Raumes situiert sind. Damit die Zukunftsplanung für die Kommunikations- und Medienwissenschaften der Forderung nach vermehrter Autonomie der Hochschulen gerecht wird, soll die Zukunftskommission mit der CRUS zusammenarbeiten. Der resultierende Vorschlag für eine gesamtschweizerische Planung kann somit auch als Test zur Erörterung der Umsetzbarkeit einer landesweiten Koordination und Planung einer Fachrichtung verstanden werden. Die Erkenntnisse, die aus einem solchen Prozess gewonnen werden können, sind für den weiteren Verlauf der Neuorientierung der schweizerischen Hochschullandschaft sehr wertvoll.

2.4 Arbeitsgruppen (AG)

Die neue Präsidentin des SWTR hat nach ersten Konsultationen mit verschiedenen wissenschafts- und technologiepolitischen Akteuren und der Lektüre zentraler strategischer Papiere (unter anderem die BFT-Botschaft 2004-2007 und das OECD-Länderexamen der nationalen Bildungspolitiken 2003) zwei Arbeitsgruppen des SWTR angeregt. Sowohl für den Bereich der Technologiepolitik, wie auch für die Geistes- und Sozialwissenschaften hat sie dringenden Handlungsbedarf erkannt und wollte, dass

sich die Ratsmitglieder im Hinblick auf die nächste BFT-Botschaft vertieft mit den entsprechenden Problemlagen auseinandersetzen.

AG Geistes- und Sozialwissenschaften Die AG Geistes- und Sozialwissenschaften wird von Frau Prof. Bettina Heintz (Soziologie) und Herrn Prof. Joseph Jurt (Romanistik) präsiert. Weitere Mitglieder sind Frau Prof. Laurence Rieben (Psychologie), Herr Prof. Alex Mauron (Bioethik), Herr Prof. Walter Stoffel (Rechtswissenschaften) und nach zeitlichen Möglichkeiten auch die Präsidentin des SWTR, Frau Prof. Susanne Suter. Die AG hat ihre Tätigkeit im Frühsommer 2004 aufgenommen und zunächst vier Schwerpunktbereiche definiert.

Projektförderung für Geistes- und Sozialwissenschaften:

Gibt es im internationalen Kontext interessante Versuche, Förderinstrumente speziell für die Bedürfnisse der Geistes- und Sozialwissenschaften zu schaffen oder bestehende Instrumente spezifisch zu akzentuieren?

Gemeinsame Perspektiven und unterschiedliche Problemlagen in den Geistes- und Sozialwissenschaften:

Wie können unterschiedliche Problematiken sinnvoll miteinander diskutiert werden – etwa das Problem der kleinen Fächer mit geringen Studierendenzahlen gegenüber dem Problem der Massenfächer oder die unterschiedliche Ausgangslage traditionell gut verankerter Geisteswissenschaften gegenüber den neueren sozialwissenschaftlichen Disziplinen, welche an den Universitäten weniger gut etabliert sind?

Neue Strukturen für die Geistes- und Sozialwissenschaften in der Schweiz:

Die AG geht davon aus, dass eine verstärkte Finanzierung der Geistes- und Sozialwissenschaften unbedingt notwendig ist. Gleichzeitig können grundlegende und schon seit langem erkannte Probleme nicht allein mit Geld behoben werden – welche neuen Strukturen braucht es für die Geistes- und Sozialwissenschaften?

Personen- und Nachwuchsförderung:

Wie kann das Problem der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer mit sehr hohen Studienanfänger- resp. Aussteigerquoten produktiver angegangen werden. Welche

Massnahmen müssen getroffen werden, um den im Verhältnis zu den Lizentiaten abnehmenden Doktoraten zu begegnen?

Zur Diskussion der strukturellen Defizite der Geistes- und Sozialwissenschaften in der Schweiz wurden als Experten die Proff. Hanspeter Kriesi, Politikwissenschaftler an der Universität Zürich und Georges Lüdi, Romanist an der Universität Basel zu zwei Sitzungen der AG eingeladen. Die Diskussionen haben ergeben, dass die grundlegenden Probleme seit längerem bekannt sind und die verschiedenen Universitäten der Schweiz bereits unterschiedlich darauf reagiert haben. Die AG hat sich deshalb für die weitere Arbeit entschieden, nicht nach allgemeinen Aussagen, Empfehlungen und Vorschlägen zu suchen, sondern zur Befruchtung der Diskussion «best practise» nachzuspüren. Wo gibt es interessante Lösungsansätze für die seit Jahren bekannten Probleme der Geistes- und Sozialwissenschaften? Nachdem die Arbeitsgruppe die Prioritäten festgelegt hatte, wurde die Planung der weiteren Arbeiten Prof. Christian Simon vom CEST anvertraut.

AG Technologie und Innovation Mitte 2004 lancierte die SWTR-Präsidentin die Idee einer Arbeitsgruppe, welche sich verstärkt mit Technologie und Innovation befassen sollte. Nach ersten informellen Gesprächen über Zielsetzung und Umfang der Arbeiten fand im Herbst die konstituierende Sitzung dieser Arbeitsgruppe statt. Die AG wird von Prof. Karl Aberer präsiert und schliesst die SWTR-Mitglieder Prof. Fritz Fahrni und Prof. Sarah Springman mit ein. Zur logistischen und inhaltlichen Unterstützung des Vorhabens wurden im späteren Verlauf der Arbeiten Frau Seta Boroyan und Herr Patrick Vock (CEST) zugezogen.

Ziel der Arbeitsgruppe ist die Vorbereitung eines Beitrags des SWTR zur BFT-Botschaft 2008-2011 im Bereich der Technologie und Innovation. Hierfür galt als Erstes, sich einen Überblick über die verschiedenen laufenden Prozesse zu verschaffen sowie die vorhandenen Informationen zu sichten und auszuwerten. Ferner musste in diesem breiten Themenfeld, in welchem bereits verschiedenste Initiativen lanciert wurden, eine erste Fokussierung der weiteren Arbeiten vorgenommen werden. Ausgehend von seinen Aufgaben und seiner Expertise konzentrierte sich der SWTR vor allem auf den Beitrag von Bildung und Forschung zur Innovation.

Als Arbeitsinstrument wurde ein Thesenpapier entworfen, welches im Verlauf der verschiedenen Diskussionen mehrfach überarbeitet wurde. Bis zum Ende des Geschäftsjahres wurden vor allem folgende Themen erörtert:

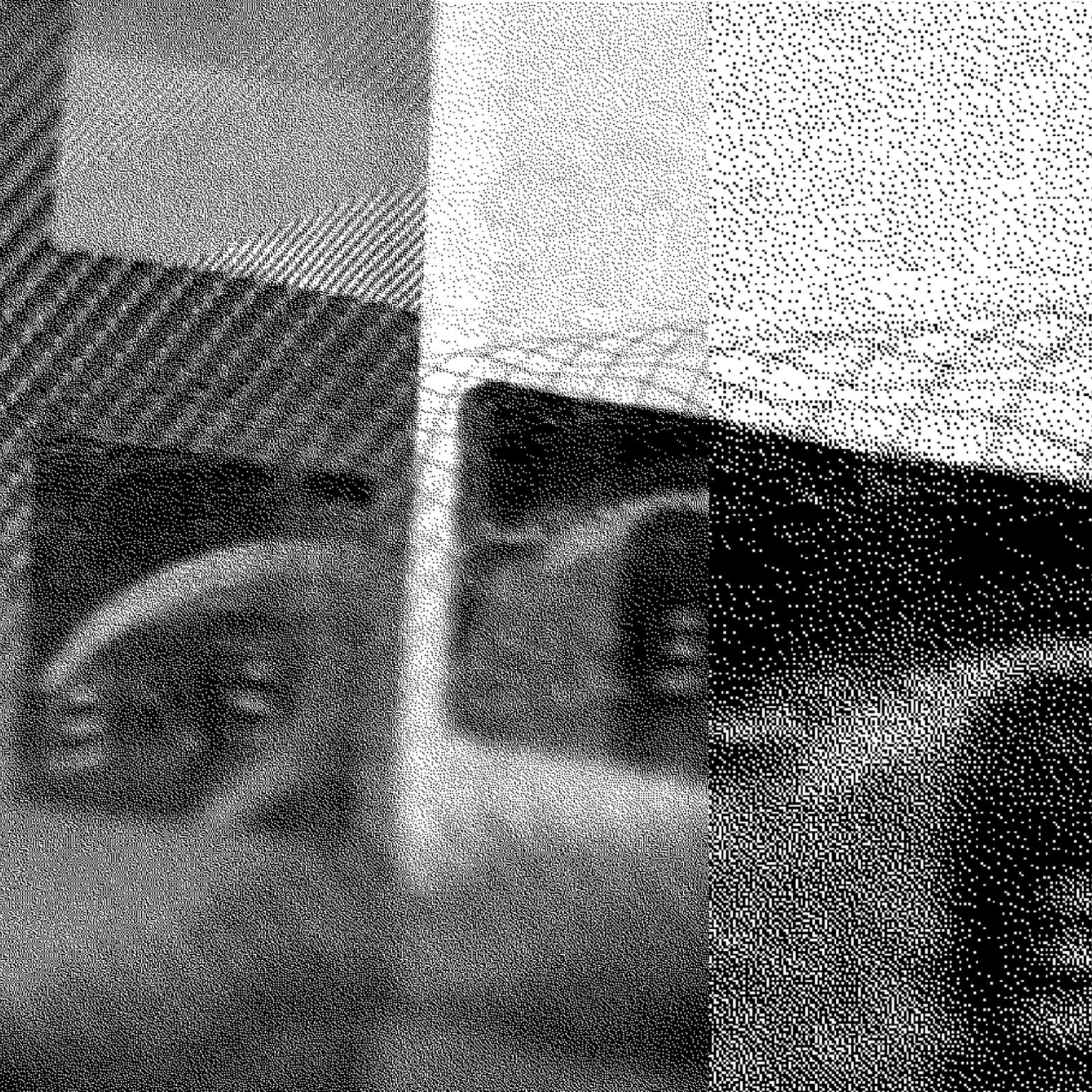
- Positionierung der Schweiz bezüglich Technologietransfer und Innovation
- Innovation als Priorität sowie die Verbesserung von Strategie und Instrumentarium für die Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft
- Hemmnisse für Technologietransfer und Innovation (Fachkräftemangel, fehlendes Risikokapital, ungenügende Vernetzung zwischen akademischen Einrichtungen und der Wirtschaft, Organisation und Finanzierung der Technologieförderung)

An einer SWTR-Plenarsitzung im Frühjahr 2005 leitete die Arbeitsgruppe erste Schritte für eine umfassende Diskussion über diese Themen ein. Auf diese Weise soll die Meinungsbildung innerhalb des SWTR intensiviert, die unterschiedlichen Thesen getestet und ergänzt sowie eine Prospektive für die weiteren Arbeiten formuliert werden.

2.5 Weitere Aktivitäten

Aussenkontakte der Präsidentin

Die Übernahme der Leitung des SWTR veranlasste die Präsidentin gleich nach Jahresbeginn zu ersten Begegnungen mit Repräsentanten der Schweizer Wissenschaftspolitik. Insbesondere die Aussprache mit den Präsidenten der Institutionen der Forschungsförderung liessen verschiedene Interessen und Probleme gemeinsam erkennen: Prof. Heidi Diggelmann (SNF), Prof. Roland Ris (SAGW), Prof. Peter Baccini (SANW), Prof. Werner Stauffacher (SAMW) und Willi Roos (SATW). Die Genannten signalisierten allesamt die Bereitschaft zu einer themenspezifischen Zusammenarbeit, zu gegenseitigem Informationsaustausch sowie zur gemeinsamen Wahrnehmung von wissenschaftspolitischen Interessen nach aussen. «Nach Möglichkeit mit einer Stimme sprechen» – so in etwa liess sich der Konsens zusammenfassen, der in diesen Gesprächen zum Ausdruck kam.



Im Übrigen kam es zu mehreren Aussprachen zwischen der Präsidentin und Staatssekretär Charles Kleiber (GWF). Mit dem Ziel, eine rollende Planung der SWTR-Tätigkeiten anzuvisieren, wurde der aktuelle Konsultationsbedarf des Bundesrates im BFT-Bereich geklärt. Weiter liess sich die Zusammenarbeit zwischen SWTR und GWF thematisieren. Beide Seiten betonten die Wichtigkeit eines mutuellen Informationsaustausches zwischen den Instanzen.

Auch weitere Begegnungen mit Exponenten der Bundesverwaltung fanden statt, so etwa mit den Herren Eric Fumeaux (Direktor BBT), Peter Siegenthaler (Direktor EFV) sowie den Generalsekretären Pascal Strupler (EDI) und Walter Thurnherr (EVD).

Die besonderen Bemühungen des SWTR um die Belange der Hochschulpolitik veranlassten die Präsidentin zu regelmässigen Unterredungen mit Verantwortlichen aus der Hochschulorganisation. Zu nennen wären hier etwa verschiedene Begegnungen mit den Herren Proff. Jean-Marc Rapp (Präsident CRUS), Hans Weder (Rektor Uni ZH), Urs Würzler (Rektor designatus Uni BE), Ulrich Gäbler (Rektor Uni BS), Peter Gomez (Rektor Uni SG). Im Zentrum der Diskussionen stand die geplante Neugestaltung der Hochschullandschaft Schweiz. Viel Skepsis der Universitäten gegenüber der Eidgenossenschaft beziehungsweise deren Absicht zur Neustrukturierung ist noch zu überwinden. Wie kontrovers die anvisierte Ausgestaltung der Hochschullandschaft von den Kantonen beurteilt wird, ging aus einem Treffen mit dem St. Galler Erziehungsdirektor Hans-Ulrich Stöckling (Präsident EDK) hervor: die Kantone befürchten nach wie vor einen Autoritätsverlust zugunsten eines vorwiegend zentralistisch dirigierten Hochschulwesens.

Die vorgesehene oder zum Teil schon in Gang befindliche Umstrukturierung innerhalb des SNF löste beim SWTR eine engagierte Debatte aus. Vor allem die vom Parlament beschlossene neuartige Finanzierungsmodalität für den SNF stiess beim SWTR auf grosse Skepsis. Im Austausch mit dem designierten Präsidenten SNF, Prof. Dieter Imboden, kam die Präsidentin mehrmals auf diese Problematik zu sprechen. Auch mit Hans-Peter Hertig, der zurzeit dem Stiftungsrat für Sonderaufgaben zur Verfügung steht, ergab sich eine informative Aussprache über die Zukunft des SNF.

Da die Ratsmitglieder im Zuge des Berichtsjahres sich verschiedentlich dem Problemkreis der Technologie- und Innovationspolitik widmen wollten, war es der Präsidentin ein Anliegen, die Stimme der industriellen Forschung zu vernehmen. In diesem Sinne kam es im Februar zu einem Treffen der Präsidentin mit Ueli Forster, Präsident *economiesuisse*, und Rudolf Walser, der als Mitglied der Geschäftsleitung *economiesuisse* vorzugsweise für Forschung und Entwicklung zuständig ist. Auf diese Weise konnte die Präsidentin einen Einblick in die Bedürfnisse der anwendungsorientierten Forschung gewinnen, der in unserem Land ein mustergültiger Stellenwert mit internationaler Ausstrahlung zukommt.

Welch wichtige Funktion einer ausgesprochen kleinen Forschungs- und Dokumentationsstätte ausserhalb des Hochschulbereichs zukommt, konnte die Präsidentin im Februar anlässlich eines Besuchs beim Schweizerischen Institut für Kinder- und Jugendmedien in Zürich erfahren. Unter der Leitung dessen Direktorin, Frau Christine Holliger, gewann die Präsidentin zusammen mit Max Salm, wissenschaftlicher Berater SWTR, einen sachkundigen Einblick in die wertvollen Bestände dieses Instituts sowie in seine weltweit anerkannten Aktivitäten.

Im Rahmen internationaler Kontakte bot sich der Präsidentin zweimal Gelegenheit, mit massgebenden Exponenten in Brüssel über die Schweizer Beteiligung an der EU-Forschung zu diskutieren. Auf Anregung des SNF nahm die Präsidentin Ende Juni 2004 am zweitägigen Annual Event der SwissCore teil. Der Informationswert des Anlasses, der von Martina Weiss (Leiterin SwissCore) ganz hervorragend organisiert worden war, erwies sich als ausserordentlich hoch, sind doch in nächster Zeit viele strukturelle Änderungen in diesem Bereich zu erwarten. SwissCore – gewissermassen das Fenster des SNF und des BBW zur europaweiten Forschung – garantiert den gegenseitigen forschungspolitischen Informationsaustausch zwischen der Schweiz und der EU, indem es den Forschenden eine Informationsplattform zur Verfügung stellt und gleichzeitig als Swiss Information Network für die EU-Forschungsprogramme fungiert. Die anstehende Etablierung eines European Research Council wird ohne Frage höhere Anforderungen an eine Kontaktstelle wie SwissCore nach sich ziehen.

Ferner nahm die Präsidentin zusammen mit Bernhard Nievergelt, wissenschaftlicher Berater SWTR, im November an einem von SwissCore organisierten Seminar teil, an welchem alle schweizerischen EU-Research-Gruppen versammelt waren, um erste Skizzen im Hinblick auf das 7. EU-Rahmenprogramm zu besprechen. Gleichzeitig konnten die Anwesenden von einer eher allgemein gehaltenen wissenschaftspolitischen Diskussion profitieren. Bei dieser Gelegenheit ergab sich eine Begegnung zwischen der Präsidentin und dem Schweizer Wissenschaftsattaché bei der EU-Kommission, Dr. Jürg Burri.

Von besonders informativem Wert war ein Besuch der Präsidentin im Swiss House beziehungsweise bei swissnex in San Francisco, wohin sie ein internationaler Kongress im Mai 2004 geführt hatte. Der Direktor von swissnex, Christian Simm, setzte die Präsidentin genauestens ins Bild über die vermittelnden Kontakte zwischen Schweizer Forschern und Universitäten im Einzugsbereich von Kalifornien beziehungsweise zwischen amerikanischen Forschern und Schweizer Instanzen. Selbstverständlich ist in diesem Zusammenhang auch die Vernetzung mit industriellen Kreisen von grösster Bedeutung.

Als besonders prospektiv erwies sich schliesslich ein Zusammentreffen mit leitenden Vertretern des ETH-Rates: Am 25. November 2004 diskutierten in Zürich die Präsidentin, SWTR-Mitglied Prof. Bettina Heintz und Bernhard Nievergelt mit den Herren Proff. Zehnder und Buschor sowie dem Generalsekretär Sebastian Brändli über die Zusammenarbeit von ETH-Rat und SWTR. Ansatzpunkte für eine verstärkte Koordination der beiden Gremien wurden insbesondere im Bereich der Technologiepolitik erkannt. Es wurde beschlossen, dass die SWTR-Technologiegruppe mit einer Delegation des ETH-Rates Kontakt aufnimmt mit dem Ziel, die technologiepolitischen Stellungnahmen der beiden Räte zu diskutieren. Wertvolle Unterstützung des ETH-Rates fand die Präsidentin für ihre Bemühungen zur Neuausrichtung des dem SWTR angeschlossenen Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien CEST.

- Susanne Suter, Präsidentin SWTR: Teilnahme an der Plenumsdiskussion anlässlich des Workshops «Interface entre science et société – status quo et options de développement en Suisse», Bern, 11.02.2004

- Interview mit Susanne Suter: «Jede Hochschule muss auswählen», in: Horizonte, März 2004
- Interview mit Susanne Suter: «Gute Bedingungen für alle Talente» – Rubrik «ins Licht gerückt», in: Neue Zürcher Zeitung, 13.04.2004
- Susanne Suter und Alexandre Mauron, SWTR-Mitglied: «Ärzteausbildung als Sache der Universität. Medizinstudium im Schnittpunkt von Strukturreformen», in: Neue Zürcher Zeitung, 23.06.2004
- «Swiss Universities 2004: Problems and Solutions», Vortrag von Susanne Suter am SwissCore Annual Event, Brüssel, 30.6.–01.7.2004
- Ansprache von Susanne Suter anlässlich der Lauener Prize Award Ceremony 2004, Bern, 09.09.2004
- «Die Universität neu erfinden», Ansprache von Susanne Suter anlässlich des Dies Academicus, Universität Luzern, 11.11.2004
- Susanne Suter und Bernhard Nievergelt, wissenschaftlicher Berater SWTR: Teilnahme am SwissCore Seminar, Brüssel, 18.–19.11.2004
- Joseph Jurt, Vize Präsident SWTR: Teilnahme an der OECD-Ministerkonferenz über Forschungs- und Technologiepolitik, Paris, 29.–30.01.2004
- «Die akademische Nachwuchsförderung im Kontext des schweizerischen Bildungssystems», Hauptvortrag von Joseph Jurt am Symposium «Forschungskredit», Universität Zürich, 26.03.2004
- «Wissenschaftlicher Nachwuchs», Vortrag von Joseph Jurt anlässlich des Podiumsgesprächs der Deutschen Hochschulrektorenkonferenz, TU Berlin, 03.05.2004
- «Die Frage der Eliten in Deutschland und Frankreich: Bildung und Institutionen», Vortrag von Joseph Jurt beim Deutsch-Französischen Wissenschaftsdialog, Universität Heidelberg, 23.11.2004
- «Personenförderung bottom up», Vortrag von Joseph Jurt beim Workshop der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, «Wege zur wissenschaftlicher Exzellenz in Österreich», Hinterbrühl bei Wien, 03.–04.12.2004

3 CEST

Das Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien (CEST) hat gemäss Reglement des SWTR den Auftrag, Grundlagen für eine gesamtschweizerische Forschungs-, Hochschul-, Technologie- und Innovationspolitik zu beschaffen und zu überprüfen. Diese wichtige Aufgabe erfüllt das CEST über verschiedene Aktivitäten, welche von der Bereitstellung von Informationsdienstleistungen, über die Erhebung von Daten und der Aufbereitung von Indikatoren bis hin zur Durchführung von Studien und Evaluationen reichen. Die Produkte und Dienstleistungen sind an Entscheidungsträger im BFT-Bereich sowie an einen breiteren Kreis von Interessierten gerichtet.

Die Konkretisierung der vom CEST durchzuführenden Aktivitäten erfolgt jeweils über ein Mandat an das CEST. In den Jahren 2000-2004 arbeitete das CEST auf der Grundlage von ein- bis zweijährigen Mandaten der Bundesverwaltung, namentlich des BBW und des BBT. Ende November 2004 wurde entschieden, dass künftig der SWTR gemäss SWTR-Reglement dem CEST ein Mandat erteilen wird. Die Aktivitäten des CEST waren im Berichtsjahr in vier Bereiche gegliedert: Dokumentationsstelle für Wissenschaftspolitik, Scientometrie, Technologie und Innovation, Evaluation.

Dokumentationsstelle für
Wissenschaftspolitik

Die Dokumentationsstelle konnte 2004 wiederum die einmaligen und kontinuierlich erweiterten Bestände an Monographien, Reihen, Zeitschriften, Zeitschriften- und Presseartikeln seinen Benutzern zur Verfügung stellen. Darüber hinaus wurden Dienstleistungen wie bibliographische Nachforschungen, Informationsrecherchen und auch ein täglicher Pressespiegel angeboten. Zu den Benutzern zählen einerseits Angehörige der Bundesverwaltung sowie des Parlaments, aber auch die breitere Öffentlichkeit.

Scientometrie

Das CEST verfügt über eine umfangreiche Datenbank zu wissenschaftlichen Publikationen, welche internationale Vergleiche in zahlreichen Forschungsfeldern zulässt, insbesondere auf dem Niveau der einzelnen Länder, der institutionellen Sektoren oder auch der Forschungsinstitutionen. Die vom CEST generierten Indikatoren geben Hinweise auf Forschungsleistungen, welche über wissenschaftliche

Publikationen abgebildet werden können. Im Berichtsjahr wurden die wichtigsten Publikations-, Zitations- und Kooperationsindikatoren für die Jahre 1981-2002 in einem Scoreboard zusammengestellt. In einer weiteren Publikation wurden die verschiedenen Forschungssektoren der Schweiz und deren Forschungsfelder anhand der relativen Publikationsaktivität dargestellt. Die Auswertung der Datenbank hinsichtlich einer gewissen Publikationsaktivität und einer überdurchschnittlichen Zitationshäufigkeit in den verschiedenen Forschungsfeldern erlaubte die Selektion von Forschungsorganisationen und deren Vergleich untereinander. Zu einer ähnlichen, früher erschienenen Studie wurden drei Expertisen eingeholt, welche Stärken und Schwächen des verwendeten Ansatzes aufzeigten. In einer entsprechenden Publikation von 2004 wurden die aufgezeigten Schwachstellen wo immer möglich beseitigt. Eine weitere Publikation widmete sich der leistungsorientierten Finanzierung der Hochschulen.

Technologie und Innovation Im Berichtsjahr konnten verschiedene Projekte zu innovationspolitisch wichtigen Bereichen im nationalen und internationalen Kontext durchgeführt werden, wobei das Schwergewicht bei der Analyse ausgewählter Aspekte der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft lag. Die Umfrage zu den Technologietransferaktivitäten der Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungsorganisationen mit Daten für 2002 konnte abgeschlossen und publiziert werden. Erst nach längeren Verhandlungen konnte das CEST im Herbst 2004 eine gleichgelagerte Umfrage für das Jahr 2003 starten. Die schon früher begonnenen Auswertungen von Input-Output Daten zur Identifikation von Clustern konnte mit einem Schlussbericht und einer Kurzfassung abgeschlossen werden. Dem CEST oblag auch 2004 die Vertretung der Schweiz in der OECD-Working Group on Technology and Innovation Policy (TIP). Neben Beiträgen in diversen Projekten der Arbeitsgruppe erstellte das CEST den Schweizer Grundlagenbericht für die OECD-Publikation «STI-Outlook 2004», welcher auch als eigenständige CEST-Publikation veröffentlicht wurde. Im Herbst 2004 wurde das CEST für die inhaltliche Unterstützung der SWTR-Arbeitsgruppe Technologiepolitik hinzugezogen.

Evaluation 2004 hat das CEST verschiedene Evaluationen von Institutionen, die der Bund nach Artikel 16 des Forschungsgesetzes fördert, durchgeführt. Im Auftrag von BBW und SWTR evaluierte das CEST das Réseau universitaire international de Genève und das Institute for Research in Biomedicine in Bellinzona. Auf Ersuchen des SWTR wurde

eine Studie über die Schweizerische Theatersammlung in Bern in Angriff genommen. Im Auftrag des EDA begann das CEST eine prospektive Evaluation des Centre for Humanitarian Dialogue in Genf. Ebenso konnte eine retrospektive Untersuchung der Evaluationstätigkeiten des CEST und ihrer Vorgeschichte abgeschlossen und publiziert werden. Zudem begann das CEST mit Vorarbeiten für eine Reform des Forschungsgesetzes. Das CEST wurde auch mit der Begleitung der SWTR-Arbeitsgruppe Sozial- und Geisteswissenschaften beauftragt.

Mitarbeitende der Geschäftsstelle CEST

- Dr. rer. pol. François Da Pozzo (Leiter)
- Christine Aseka (Administration und Sachbearbeitung)
- lic. ès. sc. de l'éduc. Edith Imhof (Dokumentationsstelle)
- Thomas Keller (Administration und Sachbearbeitung)
- lic. phil. I Janna Manz (Dokumentationsstelle)
- Dr. phil. nat. Isabelle Maye (Scientometrie)
- Dr. rer. pol. Anne Roulin Perriard (Scientometrie)
- Prof. Dr. Christian Simon (Evaluation)
- lic. oec. publ. Patrick Vock (Technologie und Innovation)
- Dr. phil. II Markus von Ins (Scientometrie)

Zudem haben folgende Mitarbeitende mit befristeten Anstellungsverträgen die CEST-Arbeiten unterstützt: lic. phil. nat. Marie-France Aepli Elsenbeer (Scientometrie), lic. phil. I Franziska Scheidegger (Technologie und Innovation), Dr. phil. I Katja Wirth (Technologie und Innovation) sowie lic. phil. I Noëmi Chappuis (Praktikantin).

4 TA-SWISS

TA-SWISS erfüllt seinen Auftrag der Politikberatung durch Expertenstudien und partizipative Verfahren der Technologiefolgen-Abschätzung. Seine interdisziplinären, von Experten verfassten Studien und die dazu erstellten Kurzfassungen richten sich sowohl an die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft als auch an die breite Öffentlichkeit. Dasselbe gilt für Empfehlungen und Resultate aus den Mitwirkungsverfahren mit der Bevölkerung (PubliForum, publifocus und PubliTalk).

Im Geschäftsjahr schloss TA-SWISS verschiedene Projekte in den Bereichen Biotechnologie und Medizin, Informationsgesellschaft sowie Mobile Gesellschaft erfolgreich ab und lancierte neue Projekte. Die Resultate wurden als Berichte und Kurzfassungen teils mehrsprachig publiziert. Zudem fanden zu den einzelnen Projekten öffentliche Veranstaltungen statt. Regelmässig informiert auch der vierteljährlich erscheinende Newsletter von TA-SWISS. Die detaillierten Projektergebnisse, weiterführende Informationen sowie der vollständige Jahresbericht 2004 sind auf der Internetseite www.ta-swiss.ch verfügbar.

Fachbereich Biotechnologie und Medizin

Die TA-SWISS Geschäftsstelle publizierte 2004 die Studie «Pharmakogenetik und Pharmakogenomik» sowie die dazugehörige Kurzfassung. Die Studie befasst sich mit den aktuellsten Entwicklungen in der pharmazeutischen Forschung.

Neu gestartet wurde eine Studie mit dem Arbeitstitel «Folgen der Anwendung bildgebender Verfahren in der Hirnforschung». Neue Techniken erlauben dem Gehirn beim Denken, Fühlen und Sprechen «zuzusehen». In der Studie werden die Zukunftsperspektiven solcher Hirnbilder abgeschätzt. Die Autorinnen analysieren dazu die Fachliteratur und führen Interviews mit Spezialisten durch. Mitunterstützt wird das Projekt durch die SAMW. Der Abschluss ist auf Ende 2005 vorgesehen.

Weiter organisierte TA-SWISS seine inzwischen bewährten Mitwirkungsverfahren. Diese erlauben es frühzeitig, Stimmen aus der Bevölkerung zu bestimmten technologie-



politischen Fragen zu erfassen. Im Rahmen des vierten PubliForums, diesmal zum Thema «Forschung am Menschen», diskutierte eine Gruppe über heikle Themen im Humanforschungsgesetz. Das Bürgerpanel legte bei seinen Empfehlungen besonderes Gewicht auf die Förderung der Forschung für Kinder, Schwangere, Behinderte und Personen mit sehr seltenen Krankheiten. Das PubliForum wurde unterstützt durch das BAG, die SAMW und die GWF. Zum PubliForum sind der Bürgerbericht und eine Informationsbroschüre erschienen.

Parallel zum PubliForum organisierte TA-SWISS das Projekt PubliTalk «Jugendliche diskutieren Forschung am Menschen», drei Diskussionsveranstaltungen in Biel, Lugano und Zürich speziell mit Jugendlichen. Die befragten Jugendlichen wünschten sich in der Humanforschung vor allem unabhängige Beratung und Mitbestimmung. Das Projekt wurde durch das BAG und die Krebsliga Schweiz unterstützt.

Fachbereich Informationsgesellschaft Die bereits 2003 abgeschlossene TA-SWISS Studie «Das Vorsorgeprinzip in der Informationsgesellschaft. Auswirkungen des pervasive computing auf die Gesundheit und die Umwelt» löste auch in diesem Berichtsjahr noch ein grosses Echo aus. Das beim Europäischen Parlament angegliederte STOA Büro (Scientific Technology Options Assessment) ermöglichte, dass die Studie auf Englisch und die Kurzfassung in 15 EU-Sprachen übersetzt werden konnte. Die TA-SWISS Studie wurde durch das BAG, das BAKOM und das BUWAL mitunterstützt (vgl. Jahresbericht 2003).

2004 wurde die TA-SWISS Studie über «Telemedizin» publiziert. Diese bietet einen Überblick und eine Klärung der aktuellen Situation der Telemedizin in der Schweiz und ihren möglichen zukünftigen Auswirkungen auf das Gesundheitswesen. Die Studie haben die SAMW und die SATW unterstützt. Der Schlussbericht und die dazu gehörige Kurzfassung sind im Berichtsjahr erschienen.

Der Frage «Wird der Mensch durch den Computer entmündigt?» geht die 2004 gestartete TA-SWISS Studie «Die Verselbstständigung der Computer» nach. Dabei geht es um autonome Informatiksysteme mit ihren technischen Möglichkeiten und Auswirkungen auf den Einzelnen und die Gesellschaft. Schlussbericht und Kurzfassung werden Ende 2005 vorliegen.

Fachbereich Mobile Gesellschaft Im Rahmen des Fachbereichs Mobile Gesellschaft wurde 2004 ein partizipatives Verfahren, ein publifocus über «Road Pricing», durchgeführt. In den Städten Bern, Genf und Zürich fanden insgesamt sechs Diskussionsrunden statt. Das Resultat: Das Spektrum der Meinungen ist wesentlich breiter als erwartet. Bewohnerinnen der Städte Zürich und Genf beurteilten tendenziell eine Staugebühr positiver als Bewohner in den Agglomerationen. Das Projekt publifocus «Road Pricing» wurde unterstützt durch das Bundesamt für Raumordnung und das Bundesamt für Strassen ASTRA. Der Schlussbericht und die Informationsbroschüre zu Road Pricing sind publiziert.

Weitere TA-SWISS Projekte Neben den Aktivitäten in den Fachbereichen läuft derzeit ein Projekt mit dem Titel «SoKuTA – Sozial- und kulturwissenschaftlich orientierte Technologiefolgen- Abschätzung». Dieses Projekt dient der inhaltlichen und methodischen Weiterentwicklung in der Technologiefolgen-Abschätzung. Ziel ist eine Stärkung humanwissenschaftlicher Perspektiven sowie die Thematisierung von Sozialtechnologien in der Arbeit der Technologiefolgen-Abschätzung. Dieses Projekt wird durch die SAGW unterstützt. Der voraussichtliche Abschluss erfolgt Ende 2005.

Internationale Projekte 2004 war TA-SWISS an drei europäischen Projekten beteiligt:

Das erste Projekt trägt den Titel «TAMI – Technology Assessment between Methods and Impacts». Ziel dieses Ende 2004 abgeschlossenen Projekts war es, den konstruktiven Dialog zwischen wissenschaftlichen Fachleuten und politischen Entscheidungsträgern zu unterstützen. Träger des Projektes ist die Europäische Kommission im Rahmen des STRATA Programms (Strategic analysis of specific policy issues). Der Schlussbericht ist 2004 erschienen.

Das zweite EU-Projekt «INES – Institutionalisation of Ethics in Science Policy» untersucht die Frage, wie die Ethik mit ihren spezifischen Methoden und ihren Inhalten besser in die wissenschafts- und technikpolitische Entscheidungsfindung integriert werden kann. Der Abschluss des Projektes ist bis 2006 vorgesehen.

Das dritte Projekt wird finanziert durch die Mitglieder des EPTA Netzwerks (European Parliamentary Technology Assessment) unter dem Titel «Information & Communication

Technology and Privacy». Im Zentrum steht die Frage, inwiefern die neuen Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnologien den Schutz der Privatsphäre gefährden. Dieses Projekt läuft bis 2006.

Mitarbeitende der Geschäftsstelle TA-SWISS	Dr. Sergio Bellucci, Ing. agr. ETHZ, Geschäftsführer lic. phil., dipl. HLA Walter Grossenbacher Mansuy Dr. Katrin Schneeberger dipl. phil. II Nicole Vouilloz Dr. Adrian Rügsegger Brigitta Walpen-Baumgartner, Sekretariat Françoise Membrez, Sekretariat Dr. Danielle Bütschi, externe Mitarbeiterin
---	---

5 Administratives

Mitglieder des SWTR Prof. Dr. Karl Aberer
Prof. Dr. Willy Benz
Prof. Dr. Fritz Fahrni
Prof. Dr. Bettina Heintz
Prof. Dr. Joseph Jurt (Vizepräsident)
Prof. Dr. Alex Mauron
Prof. Dr. Catherine Nissen-Druey (bis 31.12.2004)
Prof. Dr. Matthias Peter
Prof. Dr. Laurence Rieben
Prof. Dr. Sarah Springman
Prof. Dr. Walter Stoffel
Prof. Dr. Susanne Suter (Präsidentin)

Stab Dr. med. FMH Guido Miescher (wiss. Berater)
lic. phil. Bernhard Nievergelt (wiss. Berater, seit 01.04.2004)
Dr. phil. Max Salm (wiss. Berater)
Elfi Kislovski (Sekretärin der Präsidentin)
Pascal Edelmann (Sekretariat, Rechnungswesen)

www.swtr.ch

Impressum

© Copyright 2005, Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat
Inselgasse 1, CH-3003 Bern
www.swtr.ch
swtr@swtr.admin.ch

Informationsverantwortlicher: Dr. Max Salm

Gestaltung: Design Daniel Dreier SGD, Bern

Druck: Stämpfli AG, Bern

